S 7 RJ 213/99

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

6

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze -

Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 7 RJ 213/99 Datum 18.12.2000

2. Instanz

Aktenzeichen L 6 RJ 67/01 Datum 23.07.2002

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 18. Dezember 2000 wird zurückgewiesen.
- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird zugelassen.

Tatbestand:

Streitig ist die Frage, ob bei der Berechnung des Altersruhegeldes des Kl \tilde{A} x gers die im Wege des Versorgungsausgleichs an seine geschiedene Ehefrau \tilde{A} 1 /4 bertragenen Rentenanwartschaften wieder bei der Berechnung seines Altersruhegeldes zu ber \tilde{A} 1 /4 cksichtigen sind.

Am 14.11.1958 hatte der KlĤger die Ehe mit H. A. geschlossen. Diese Ehe wurde mit Endurteil des Amtsgerichts V. vom 27.03.1985 geschieden. Dabei wurden von dem bei der Beklagten gefļhrten Rentenkonto des KlĤgers Rentenanwartschaften in HĶhe von 435,30 DM auf die frühere Ehefrau des KlĤgers H. F. geborene A. gemĤÄ∏ <u>§ 1587b Abs.1</u> Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) Ã⅓bertragen, da die Differenz der während der Ehezeit erworbenen Rentenanwartschaften des Klägers in Höhe von 996,80 DM und seiner früheren

Ehefrau in Höhe von 126,20 DM insgesamt 870,60 DM betrug.

Am 11.06.1985 hatte die fr $\tilde{A}^{1}/_{4}$ here Ehefrau des Kl \tilde{A} ¤gers H. F. sich wieder verheiratet und ist als Ehefrau des A. G. am 03.09.1998 verstorben ohne Leistungen aus der Arbeiterrentenversicherung und damit aus den auf sie $\tilde{A}^{1}/_{4}$ bertragenen Anwartschaften bezogen zu haben.

Auf den Antrag des Klägers vom 30.05.1994 gewährte ihm die Beklagte mit Rentenbescheid vom 18.07.1994 ab 01.09.1994 Altersrente wegen Arbeitslosigkeit in Höhe von 1.559,37 DM monatlich. In ihrem Bescheid fÃ $\frac{1}{4}$ hrte sie aus, dass auf Grund des Urteils des Amtsgerichts V. an seine frÃ $\frac{1}{4}$ here ausgleichsberechtigte Ehefrau Rentenanwartschaften von monatlich 435,30 DM Ã $\frac{1}{4}$ bertragen worden seien.

Mit Schreiben vom 09.09.1998 beantragte der Kläger die Rückübertragung der an seine geschiedene Ehefrau übertragenen Rentenanwartschaften, mit der Begründung, dass diese am 03.09.1998, ohne Leistungen bezogen zu haben verstorben sei.

Mit Bescheid vom 09.11.1998 lehnte die Beklagte einen Rýckausgleich des seinerzeit vollzogenen Versorgungsausgleiches ab. Das Familiengericht beim Amtsgericht V. habe mit rechtskrĤftigem Urteil im Rahmen des Versorgungsausgleichs in der gesetzlichen Rentenversicherung erworbene Rentenanwartschaften in Höhe von 435,30 DM an die geschiedene Ehegattin Ã⅓bertragen. Dieser Ausgleich sei grundsätzlich auf Dauer angelegt und könne nur im Rahmen der Voraussetzungen des Gesetzes zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich (VAHRG) rÃ⅓ckÃ⅓bertragen werden. Die berechtigte Ehefrau habe zwar vor ihrem Tod keine Leistungen aus dem im Versorgungsausgleich erworbenen Anrecht erhalten, andererseits werde nunmehr durch die LVA Unterfranken in WÃ⅓rzburg aus der Versicherung der geschiedenen Ehefrau an ihren Witwer seit 03.09.1998 eine Hinterbliebenenrente gewährt. Auf Grund dieses Rentenbezuges sei es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich, eine Entscheidung zu treffen, ob gemäÃ∏ § 4 Abs.2 VAHRG ein RÃ⅓ckausgleich und damit die BerÃ⅓cksichtigung bei der Rente des Klägers in Frage komme.

Den dagegen eingelegten Widerspruch wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 15.01.1999 zurĽck. Nach dem Ende des Rentenbezuges durch den Witwer der verstorbenen frĽheren Ehefrau des KlĤgers, das von der LVA Unterfranken mitgeteilt werde, kĶnne entschieden werden, ob ein Rýckausgleich der Rentenanwartschaft an den KlĤger möglich sei. Ein Rýckausgleich gemäÃ∏ § 4 Abs.2 VAHRG sei nämlich nur dann möglich, wenn die Leistungen aus dem Versorgungsausgleich an Hinterbliebene des Berechtigten lediglich als geringfýgig im Sinne dieser Vorschrift anzusehen seien.

Dagegen hat der Kl $ilde{A}$ ¤ger zum Sozialgericht Landshut Klage erhoben. Zur Begr $ilde{A}$ ½ndung hat er ausgef $ilde{A}$ ½hrt, dass er einen Anspruch auf R $ilde{A}$ ½ckausgleich der $ilde{A}$ ½bertragenen Rentenanwartschaften habe. Die Regelung des $ilde{A}$ § 4 Abs.2 VAHRG versto $ilde{A}$ \Box e bei Zahlung einer Hinterbliebenenrente an den Ehegatten des im

Versorgungsausgleich Berechtigten gegen das Grundgesetz, insbesondere gegen Art.14 Abs.1 Satz 1 und <u>Art.6 Abs.1 Grundgesetz (GG</u>). Die gesetzliche Regelung führe nämlich im Ergebnis dazu, dass der Kläger im Wege des Versorgungsausgleichs einen GroÃ□teil seiner Rentenanwartschaften an seinen Nebenbuhler abgeben müsse. Dies sei unverhältnismäÃ□ig und widerspreche krass dem Gerechtigkeitsgedanken.

Das Sozialgericht hat mit Urteil vom 18.12.2000 die Klage abgewiesen. Der Bescheid der Beklagten sei rechtmĤÃ∏ig, der Kläger habe gemäÃ∏ § 4 Abs.2 VAHRG keinen Anspruch auf eine ungekürzte Auszahlung seines Altersruhegeldes.

Dagegen wendet sich der Kläger mit der Berufung, mit der er weiter die ungekÃ⅓rzte Auszahlung seines Altersruhegeldes begehrt. Die Regelung des § 4 Abs.2 VAHRG sei verfassungswidrig, da sie insbesondere gegen Art.14 Abs.1 Satz 1 und Art.6 Abs.1 Grundgesetz verstoÃ□e. Die in § 4 Abs.2 VAHRG getroffene Regelung sei insbesondere im Falle des Klägers unbillig, da nunmehr an einen Witwer Rente bezahlt werde, der der Scheidungsgrund gewesen sei. Der Kläger habe deshalb Anspruch auf RÃ⅓ckausgleich seines Rentenanspruchs in verfassungskonformer Auslegung des § 4 Abs.2 VAHRG.

Der Kl \tilde{A} ¤ger beantragt, das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 18.12.2000 sowie den Bescheid der Beklagten vom 09.11.1998 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 15.01.1999 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihm das seit 01.09.1994 gew \tilde{A} ¤hrte Altersruhegeld ungek \tilde{A} ½rzt zu leisten.

Die Beklagte beantragt, die Berufung als unbegründet zurückzuweisen.

Sie hält die Entscheidung des Sozialgerichts für zutreffend.

Beigezogen waren die Akten des Sozialgerichts Landshut und der Beklagten auf deren Inhalt sowie auf den der Berufungsakte zur Ergänzung des Tatbestandes Bezug genommen wird.

Entscheidungsgründe:

Die statthafte, form- und fristgerecht eingelegte Berufung ist zulĤssig, sachlich ist sie jedoch nicht begrýndet, da der Kläger keinen Anspruch auf ungekürzte Leistung seines ab 01.09.1994 gewährten Altersruhegeldes hat.

Als Anspruchsgrundlage, die fÃ $\frac{1}{4}$ r den KlÃ $\frac{\pi}{2}$ ger einen Anspruch auf ungekÃ $\frac{1}{4}$ rzte Auszahlung seines Altersruhegeldes begrÃ $\frac{1}{4}$ nden kÃ $\frac{\pi}{2}$ nnte, kommt nur Â $\frac{\pi}{2}$ 4 Abs.2 VAHRG in Betracht. Danach wird die Versorgung des Verpflichteten nicht auf Grund des Versorgungsausgleichs gekÃ $\frac{\pi}{4}$ rzt, wenn der Berechtigte verstorben ist und aus dem im Versorgungsausgleich erworbenen Anrecht nur Leistungen gew $\frac{\pi}{4}$ rt worden sind, die insgesamt zwei Jahresbetr $\frac{\pi}{4}$ ge einer auf das Ende des Leistungsbezuges berechneten Rente aus dem erworbenen Anrecht nicht $\frac{\pi}{4}$ bersteigen. Dabei sind jedoch die gew $\frac{\pi}{4}$ nrten Leistungen auf die sich ergebende

Erhöhung anzurechnen.

Auch wenn die ausgleichsberechtigte frühere Ehefrau des Klägers gestorben ist, ohne dass ihr Leistungen aus dem durch den Versorgungsausgleich erworbenen Anrecht gewährt wurden, so wird seit ihrem Tode ihrem Witwer gemäÃ∏ § 46 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI) Hinterbliebenenrente gewährt. Auf Grund dieser laufenden Leistung ist aus Sicht der Beklagten nicht abzusehen, ob überhaupt die in § 4 Abs.2 VAHRG genannten Voraussetzungen eintreten, bzw. in welcher Höhe die Leistung an den Kläger zu kürzen ist. Der Kläger sieht bei dem in seiner Person zu Grunde liegenden Sachverhalt, der in der Konsequenz dazu führt, dass nunmehr an eine Person, die seinerzeit den Scheidungsgrund dargestellt hat, Hinterbliebenenrente bezahlt wird, einen VerstoÃ∏ der gesetzlichen Regelung gegen verfassungsrechtliche Grundsätze.

Der Senat hat jedoch keine verfassungsrechtlichen Bedenken und sieht in der Vorschrift des § 4 Abs.2 VAHRG keinen Verstoà gegen VerfassungsgrundsÃxtze.

In seiner grundlegenden Entscheidung vom 28.02.1980 â \square 1 BvL 100/78 u.a. â \square hat zwar das Bundesverfassungsgericht in Ansehung der seinerzeit geltenden Regelung es fÃ 1 /4r geboten erachtet, dass der Gesetzgeber die betreffende Bestimmung durch Regelungen zu ergÃ $^{\times}$ nzen habe, die es ermÃ $^{\circ}$ glichte, nachtrÃ $^{\times}$ glich eintretenden grundrechtswidrigen Auswirkungen des Versorgungsausgleichs zu begegnen. Der Gesetzgeber hat darauf die nunmehr in § 4 Abs.2 VAHRG enthaltene HÃ $^{\times}$ rteregelung geschaffen. In weiteren Urteilen vom 11.02.1988 â $^{\square}$ 4/11a RA 30/87 â $^{\square}$ und vom 05.07.1989 â $^{\square}$ 1 BvL 11/87 u.a. â $^{\square}$ 0 hat das Bundesverfassungsgericht jedoch die nunmehr bestehende Regelung als verfassungsmÃ $^{\times}$ A $^{\square}$ ig angesehen und dem Gesetzgeber insoweit einen weiten Spielraum fÃ 1 /4r die Regelung von durch den Versorgungsausgleich entstehenden HÃ $^{\times}$ rten zugestanden.

Insbesondere hat das Bundesverfassungsgericht die in § 4 Abs.2 VAHRG getroffene pauschalierende Regelung als grundgesetzkonform angesehen.

Der Senat verkennt angesichts des zu Grunde liegenden Sachverhalts die für den Kläger ärgerliche Konsequenz aus der gesetzlichen Regelung nicht, andererseits ist die im Jahre 1977 vollkommen neu geregelte Rechtslage zur Ehescheidung von den früher geltenden moralbezogenen Tatbeständen abgegangen und hat dagegen die Scheidungsfolgen weitgehend losgelöst von weltanschaulichen Moralvorstellungen geregelt. Dem entspricht nach Ansicht des Senates auch die in § 4 Abs.2 VAHRG getroffene Regelung. Der Senat kann daher keinen VerstoÃ☐ gegen verfassungsrechtliche Grundsätze erkennen.

Dabei verkennt der Senat nicht, dass die Hinterbliebenenrente fÃ $\frac{1}{4}$ r Witwer in dem derzeit geltenden allgemeinen Umfang mit $\frac{\hat{A}\S}{46}$ SGB VI i.d.F. des Rentenreformgesetzes 1992 (RRG), das zum 01.01.1992 in Kraft getreten ist, eingefÃ $\frac{1}{4}$ hrt wurde welche die ab 01.01.1986 geltende Regelung der $\frac{\hat{A}\S}{4}$ 1264 Abs.2, 1268 RVO ersetzt hat. Diese Regelung hat die bis 31.12.1985 bestehende Rechtslage \hat{a} 1266 der Reichsversicherungsordnung (RVO) \hat{a} abgel \hat{A} st, mit

der Folge, dass entgegen der bis 31.12.1985 geltenden Rechtslage praktisch jeder Witwer Anspruch auf Hinterbliebenenrente aus der Versicherung seiner verstorbenen Ehefrau hat. Dies allein rechtfertigt nach Ansicht des Senats jedoch nicht die VerfassungsmĤÄ□igkeit der in § 4 Abs.2 VAHRG getroffenen Regelung in einem andere Lichte zu sehen als dies in den o.g. Entscheidungsgrù¼nde des Bundesverfassungsgerichts vom 1980, 1988 und 1989 geschehen ist. Die dem Witwer gewährte Hinterbliebenenrente stellt seit 1992 eine gesetzliche Leistung dar, wie sie in § 4 Abs.2 VAHRG erfasst ist. Gesichtspunkte, die die VerfassungsmäÃ□igkeit dieser Vorschrift auf Grund der Ã□nderung der Hinterbliebenenversorgung beeinflussen könnten, bestehen daher fù¼r den Senat nicht.

Die Berufung gegen das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 18.12.2000 war daher zurļckzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 Sozialgerichtsgesetz (SGG).

Die Revision war zuzulassen, da die Voraussetzungen des <u>§ 160 Abs.1</u> und <u>2 SGG</u> im Hinblick auf die nunmehr geltende Rechtslage vorliegen.

Erstellt am: 15.10.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024